

Wolfswille

Anzeigenpreis: 1/64 Seite 3,75, 1/32 Seite 7,50, 1/16 Seite 15,—, 1/8 Seite 30,—, 1/4 Seite 60,—, 1/2 Seite 120,—, 1 ganze Seite 240,—. Familienanzeigen und Stellenangebote 20% Rabatt. Anzeigen unter Text, die 3 Zeilen betragen, 0,60 Zl. von außerhalb 0,80 Zl. Bei Wiederholungen Rabatt.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 1. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto B. A. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Polens wirtschaftliche Notlage

Kwiattowski's Anklagen gegen Deutschland — Die Folgen des Zollkrieges — Hoffnungen auf Rauschers Verständigungsbereitschaft

Der König an der goldenen Kette

Italiens Kolonie auf dem Balkan.

Von Hermann Wendel.

Da in dem Trachtenfestzug, mit dem dieser Tage in Rom die Hochzeit des italienischen Kronprinzen mit der belgischen Prinzessin gefeiert wurde, wie vor dem Triumphwagen römischer Cäsaren auch Vertreter der unterworfenen Völker schritten: Griechen von der Zwölftinselgruppe und Araber aus der libyschen Wüste, hätten von Rechts wegen die weißen Rappen der Albaner nicht fehlen dürfen. Denn zum mindesten seit dem Vertrag von Tirana, also seit mehr als drei Jahren, ist Albanien ein italienisches Protektorat, eine italienische Kolonie, politisch und wirtschaftlich.

Das Politische steht allerdings voran, da Albanien der faschistischen Ausdehnungspolitik gegen den Balkan hin als Bastion dient. Albanien grenzt an Dalmatien, und nach Dalmatien starrt nach wie vor der Imperialismus Mussolinis als dem „anderen Gestade“, dessen Besitz die Adria zu einem italienischen Binnenmeer machen würde. Zwar ist Dalmatiens Bevölkerung südslawisch und kaum ein dünner Bodensaß ist italienisch, aber was tut? Die faschistische Presse paßt unverdrossen ihren gutgläubigen Lesern die Lüge ein, daß Dalmatien italienisches Gebiet sei, wider göttliches und menschliches Recht dem Mutterland entrisen und eines Tages mit der Gewalt der Waffen wieder zu holen sei. Wenn es eine Hecke gibt, geeignet, die Ruhe Südosteuropas zu stören und damit den Frieden des ganzen Erdteils zu gefährden, so ist es diese.

Nebenbei aber erbt Albanien auch immer mehr unter die wirtschaftliche Oberhoheit Italiens. Der Warenhunger eines auf so niedriger Zivilisationsstufe verharrenden Landes ist nicht derart übermäßig, als daß er nicht von den weit entwickelteren balkanischen Nachbarstaaten Südslawien und Griechenland befriedigt werden könnte, aber während auf jeden von beiden kaum ein Zwanzigstel der albanischen Einfuhr entfällt, befreit Italien über die Hälfte des albanischen Imports. Das liegt nicht nur daran, daß die italienische Wirtschaft, vom Staat unterstützt, sich in allen Poren des albanischen Lebens festzusetzen sucht, eine rührige Propaganda betreibt und eben wieder eine ständige Ausstellung ihrer Erzeugnisse in Durazzo ankündigt, sondern auch und eher noch daran, daß die albanische Nationalbank, die angeht der Unsicherheit der gesamten Verhältnisse bei Geschäften mit dem Ausland nicht umgangen werden kann, als ein nach Gründungskapital und Aufsichtsrat rein italienisches Unternehmen andre als italienische Importeure durch Schiffen aller Art abschredt.

Ob Ahmed Zogu, der König von Mussolinis Gnaden, in Albanien die Ueberwucherung seines Landes mit italienischem Einfluß sehr wohlthuend empfindet, steht auf einem andern Blatt; es heißt, daß er ab und zu einen Anlauf nehme, gegen den Stachel zu lösen. Aber er weiß nur zu gut, daß es der faschistischen Politik im Notfall keine Mühe und nur eine Handvoll Lire kostet, durch einen kräftigen Aufstand der Bergstämme seinen jungen Thron ins Wackeln zu bringen und für den Alltag genügt auch schon die goldene Kette, an der die albanische Majestät liegt. Da das ökonomisch und kulturell zurückgebliebene Land unmöglich aus eigener Kraft die Mittel für den kostspieligen Staatsapparat aufbringen kann, hat Italien bereitwillig in die Tasche gegriffen. Aber für die Verlängerung der dieser Tage ablaufenden Leihfrist der ersten fünfzig Goldmillionen läßt sich Rom Zins und Zinseszins zahlen. Nicht umsonst ist einer italienischen Gesellschaft Ende Dezember das Ausbeutungsrecht der freilich noch nicht erschlossenen albanischen Erdölquellen auf weitere drei Jahre zugestanden worden und als Preis für eine sehr notwendige neue Anleihe verlangt, nach unwiderprochenen Zeitungsmeldungen, Mussolini die Erlaubnis, die fruchtbarsten Striche Albaniens an der Küste mit Familien aus Kalabrien zu besiedeln. Das wäre ein weiterer Schritt zur vollkommenen Verwandlung des Landes in eine italienische Kolonie.

Warschau. Der polnische Handelsminister Kwiattowski äußerte sich im Haushaltsausschuß des Sejm über die wirtschaftliche Notlage Polens. Er führte u. a. aus, daß die Krise in der Landwirtschaft hauptsächlich auf das Sinken der Getreidepreise zurückzuführen sei. Als Folgeerscheinung der Geldknappheit und allgemeinen Depression sei die Arbeitslosigkeit jetzt größer als in den letzten drei Jahren.

In letzter Zeit sei mit Deutschland über die Roggenausfuhr verhandelt worden, jedoch habe man noch kein Abkommen erzielt. Was die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland anlange, so könne er im Vollgefühl der Verantwortung erklären, daß die Schuld an dem bisherigen Nichtzustandekommen des Vertrages auch nicht im geringsten auf Polen falle. Wenn er überhaupt von einer polnischen Schuld sprechen wolle, so sei es eher die Schuld einer allzugroßen Nachgiebigkeit. Seit der Übernahme der Verhandlungen durch den deutschen Gesandten Rauscher bestehe wenigstens eine Atmosphäre des Verständnisses für den beiderseitigen Standpunkt. Die Schweineausfuhrfrage sowie andere grundsätzliche Fragen seien noch nicht geklärt. Jetzt hänge es ausschließlich von der deutschen Seite ab, ob es zu einem Abbruch des langjährigen Zollkrieges, den Deutschland den Polen aufgezwungen habe, kommen werde.

Ausschaltung der Linksparteien in Japan

Tokio. Der japanische Geheime Rat erklärte, daß zu den Neuwahlen des Parlaments im Februar nur solche Parteien zugelassen würden, die auf dem Standpunkt der Verfassung und treu zur Monarchie stünden, so daß hierdurch die linksstehenden sozialistischen und kommunistischen Parteien von der Wahl ausgeschlossen würden.



Dr. Max Duart †

Der bekannte sozialpolitische Schriftsteller und langjährige sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Max Duart, einer der geistigen Führer der Sozialdemokratie, ist am 21. Januar im Alter von 69 Jahren nach längerem Leiden in Frankfurt am Main gestorben.

Das Reichskabinett für die Haager Beschlüsse

Die Haltung der deutschen Delegation gebilligt

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in seiner Mittwoch-Vormittags- und Nachmittags-Sitzung mit dem Gesamtergebnis der Haager Konferenz. Es nahm zunächst die Berichte des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Curtius, des Reichsministers für die Besetzten Gebiete, Dr. Wirth, und des Reichsministers der Finanzen, Dr. Moldenhauer entgegen. An die Berichte schloß sich eine

Aussprache, in deren Verlauf der Reichskanzler im Namen des Kabinetts der deutschen Delegation für ihre Tätigkeit seinen Dank aussprach und auch den beteiligten Beamten für ihre Mitarbeit Worte der Anerkennung widmete. Abschließend konnte der Reichskanzler die völlige Uebereinstimmung der Reichsregierung mit der Verhandlungsführung der Delegation und die einmütige Billigung der im Haag erzielten Ergebnisse feststellen. Die entsprechenden Geschesvorlagen werden aufgrund des heutigen Kabinettsbeschlusses so rechtzeitig dem Reichsrat zugeleitet werden, daß seine Beratungen Anfang nächster Woche beginnen können.

837,2 Millionen für den Militarismus

Warschau. Der polnische Seereshaushalt für 1930/31 sieht Ausgaben im Gesamtbetrage von 837,2 Millionen Zloty vor. Im Vergleich mit dem Jahre 1928/29 sind die Ausgaben um 34 v. H. gestiegen, wobei zu beachten ist, daß die Haushalte verschiedener anderer Ministerien noch Ausgaben für das Heer enthalten.

Warschau. Am Mittwoch haben im Haushaltsausschuß des Sejm die Beratungen über den Haushalt des Kriegsministeriums begonnen. Auf der Sitzung war General Konarzewski als Stellvertreter Pilsutskis, ferner der Kabinettschef Oberst Beda und mehrere hohe Offiziere erschienen. Der nationaldemokratische Haushaltsreferent, Jürist Czertwortynski, führte in seiner Rede u. a. aus, daß der Seereshaushalt seit dem Jahre 1924 um 160 Millionen Zloty angewachsen sei. Trotzdem seien stets Ueberschreitungen zu verzeichnen gewesen. So wurde der Haushalt des Kriegsministeriums im Jahre 1927/28 um 212 Millionen, d. h. um etwa 40 v. H. und im Jahre 1928/29 um 100 Millionen Zloty d. h. um etwa 74 v. H. der Gesamtüberschreitungen überzogen.



Präsident der Bank für Internationale Zahlungen?

Für die Leitung der Reparationsbank soll der Präsident der New Yorker Bundesreservebank, Mac Garrah, der bisher auch Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbank war, in Aussicht genommen sein.

Amerikanische Botschaft in Warschau

New York. Die amerikanische Gesandtschaft in Warschau ist zur Botschaft erhoben worden. Präsident Hoover ernannte Alexander Moore, den gegenwärtigen Gesandten in Peru, zum Botschafter in Warschau.

Der sozialistische Parteitag

Paris, Ende Januar 1930.

Am 25. und 26. Januar wird in Paris der außerordentliche Parteitag der französischen Sozialisten zusammenkommen. Er soll über die Frage der Regierungsbeteiligung entscheiden. Die Ende Oktober ausgebrochene Ministerkrise hat die Einberufung dieses Kongresses veranlaßt. Vergewärtigen wir uns die Geschichte seiner Einberufung, so erkennen wir sofort die außergewöhnliche Bedeutung dieses Parteitags. Es ist sicher der wichtigste Parteitag, seit am 24. Dezember 1920 die Trennung zwischen den Sozialisten und Kommunisten vollzogen wurde.

Als Ende Oktober das Briand-Kabinett gestürzt und zunächst Daladier, der Vorsitzende der Radikalen Partei, die 120 Abgeordnete in der Kammer hat, vom Republikpräsidenten Gaston Doumergue mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt wurde, wandte sich dieser sofort an die Parlamentsgruppe der sozialistischen Partei (100 Abgeordnete) und schlug ihr eine Teilung der hauptsächlichsten Portefeuilles vor. Am 26. Oktober verhandelte die Exekutiv-Delegation der Parlamentsgruppe mit Daladier, und am 28. Oktober wurde Daladier von der gesamten Gruppe zur Entwicklung seines Programms empfangen. Er gab sich allein zu dieser sozialistischen Fraktionsführung, obwohl ihm einige seiner politischen Freunde der Radikalen Partei abtrüben.

Die Parlamentsgruppe hatte nun die Wahl, einfach für die sofortige Einberufung eines sozialistischen Nationalrats einzutreten, damit dieser über das Angebot Daladiers zu entscheiden habe, oder, was bisher in der Geschichte der sozialistischen Partei noch nicht vorgekommen war, den Nationalrat vor die fertige Tatsache einer zugunsten der Regierungsbeteiligung angenommenen Resolution zu stellen. Mit großer Mehrheit wurde der Regierungseintritt befürwortet.

Aber der kurz darauf tagende Verwaltungsausschuß der Partei (Commission administrative permanente) mißbilligt zwei Tage später die Entscheidung. In ihr sind nur Anhänger der Richtung Faure-Brades-Severac, da die Renaudel-Richtung, die für die Regierungsbeteiligung Propaganda macht, auf dem letzten Parteitag im Juni zu Nancy, eine Entsendung von Delegierten in den Verwaltungsausschuß verweigert hat. Wenige Stunden nach der Sitzung des Verwaltungsausschusses tagt der Nationalrat. Mit einer Mehrheit von 140 Stimmen (etwa 3000 Stimmen abgegebene) lehnt er die Regierungsbeteiligung ab, worauf Daladier noch versuchte, mit den Rechtsparteien ein Ministerium zustande zu bringen, aber bald auch hierin scheiterte.

Die Parlamentsgruppe, von der sich also die meisten Mitglieder in Opposition zur Parlamentarismehrheit stellten, faßt darauf am 29. Oktober eine Resolution, durch den sie die Einberufung eines Parteitags auf den 25. Dezember fordert. Als der Verwaltungsausschuß hierüber am 6. November Beschluß faßte, schlug sie jedoch ein Datum zwischen dem 5. und 12. Januar vor, als gerade vor dem Wiederzusammentritt der Kammer, der auf Grund der französischen Verfassungsgesetze am zweiten Dienstag des Januar, also am 14. Januar, stattfinden muß. Der Verwaltungsausschuß setzte jedoch das Datum des 25. Januar für den Parteitag fest. Würde also dieser Tage eine Ministerkrise ausbrechen, so müßte die Partei automatisch ohne Diskussion eine Regierungsbeteiligung wieder ablehnen. Außerdem bestimmte der Verwaltungsausschuß als Tagesordnung für den Parteitag: Die sozialistische Aktion im Parlament, das Regierungsproblem, die Worte und die Sagen der Partei. Er behauptet nämlich, das programmatische Statut würde revidiert, es würde gewisse Maßnahmen zerrissen, wenn man für eine Regierungsbeteiligung einträte. „Die erpresserische Drohung mit der Parteispaltung“ nennt Marcel Deat, früherer Abgeordneter aus dem Marne-Departement, diesen Gedanken.

Renaudel wandte sich in seiner Zeitschrift „Le socialiste“ dagegen, daß die Frage der Regierungsbeteiligung, die in der sozialistischen Internationale bereits allgemein in bejahendem Sinne entschieden wurde, die Parteieinheit in Gefahr bringen könnte. Er ließ durch die Parlamentsgruppe am 19. Dezember eine einstimmige Resolution annehmen, durch die festgestellt wurde, daß „ein Parteimitglied nicht als mehr oder weniger sozialistisch angesehen werden darf, je nachdem es sich für oder gegen eine Ministerbeteiligung ausspricht“. Der „Populaire“, die Pariser Sozialistenzeitung, veröffentlichte die einstimmige Resolution der Parteigruppe auf der letzten Seite seiner Nummer vom 20. Dezember, auf der 6. Seite, zwischen den Börsennachrichten, den Remberichten und den Anzeigen des Medikaments Uredonal. Das ist ein Mittel gegen Neurasthenie und Kopfschmerzen.

Kurt Lenz.

Batenschaft für deutsche Schulen im Ausland

Zur Tätigkeit des Vereins für das Deutschtum im Ausland im Saargebiet.

Saarbrücken. Der im Saargebiet neu aufgerichtete Verein für das Ausland hat die Batenschaft für eine Reihe von Schulen im heutigen Polen, hauptsächlich in Graudenz, übernommen. Direktor Trent von der Zentrale des Vereins für das Deutschtum im Ausland, der selbst in einer deutschen Schule in Polen gewirkt hat, wird während der ersten Hälfte des Monats Februar in zahlreichen Orten des Saargebietes aufklärende Vorträge über die heutigen Zustände in Pommern halten. Die Sonderausstellung des Vereins für das Deutschtum im Ausland im Saargebiet für die heimatischen Rußland-Deutschen ergab etwa 6000 Franken.

Ergänzung der englischen Bergbauvorlage

London. Wie der politische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erzählt, bereitet Handelsminister Graham gegenwärtig Ergänzungen für die Bergbauvorlage der Regierung vor, deren Ziel darin besteht, die von den Liberalen in der zweiten Lesung vorgebrachten Wünsche so weit als möglich zu berücksichtigen, um so die für die Annahme in der dritten Lesung notwendigen Stimmen zu sichern. Einer der neuen Regierungsvorschläge wird darin bestehen, die Inkrustierung des Teiles der Vorlage, der die Herabsetzung der Arbeitszeit der Bergarbeiter um eine halbe Stunde vorsieht, vom 8. April bis zum Juli zu verschieben. Die Regierung hofft, daß die so abgeänderte Vorlage sich für die Liberalen als annehmbar erweisen wird.

Auflösung des Bundes Oberland

Halle. Der erst vor kurzem gewählte neue Führer des Bundes Oberland, Generalmajor a. D. Lechter, hat jetzt durch Rundschreiben die Auflösung des Bundes Oberland verfügt und den Gruppen freigestellt, sich einem von ihnen gewählten Verband anzuschließen. Ein Teil der preussischen Gruppen Mitteldeutschlands hat daraufhin ihren Eintritt zum Wehrvolk vollzogen.



Millionen falscher Dollarnoten in ganz Europa im Umlauf



Den vereinigten Bemühungen amerikanischer und europäischer Banken und der Kriminalpolizei ist es gelungen, festzustellen, daß in mehreren Ländern Europas falsche Hundertdollarnoten von einer bisher unerreichten technischen Vollkommenheit in wahrscheinlich sehr hohen Beträgen in Umlauf gesetzt worden sind. Die Fälschate sind auf echtem amerikanischem Banknotenpapier gedruckt und unterscheiden sich von den echten Banknoten lediglich durch die oben etwas ungeschafte Umrandung des Franklinbildes. Bisher wurde die Person eines der Banknotenverteiler festgestellt; es ist der 35 Jahre alte Berliner Kaufmann Franz Fischer (links), der unter dem Namen Bogt aufzutreten pflegt. Er wird strebriesslich gesucht.

Der Kampf um die Flottenabrüstung

Private Vorbereitungen — Französische Forderungen

London. Am Mittwoch fanden in London Privatbesprechungen zwischen den einzelnen Vertretern auf der Flottenkonferenz statt. Vormittags verhandelten die französischen und britischen Vertreter unter Teilnahme Kanadas. Unmittelbar im Anschluß daran hatte Macdonald eine Besprechung mit Staatssekretär Stimson und am Nachmittag folgte eine Unterhaltung zwischen Macdonald und dem italienischen Abordnungsführer Grandi. Gegen Abend fand eine Zusammenkunft Macdonalds mit dem japanischen Vertreter Wakasuki statt.

Am Mittwoch nachmittag hielten die Sachverständigen im St. James-Palast eine Sitzung hinter verschlossenen Türen ab. Alle diese Besprechungen sind, wie von amtlicher Seite betont wird, nur einem allgemeinen Meinungsaustausch gewidmet. Da am Donnerstag eine Vollziehung der Konferenz stattfinden soll, werden weitere Privatbesprechungen dieser Art am Freitag folgen, damit jede einzelne Abordnung ein genaues Bild von der Einstellung der anderen Abordnungen gewinnen kann.

Tardieu äußerte sich auf einem Empfang der französischen Presse über die heutige Zusammenkunft der französischen und englischen Abordnung in dem Sinne, daß die französische Denkschrift vom 20. Dezember und die letzte englische Antwort besprochen worden seien.

Zur Vollziehung am Donnerstag wird berichtet, daß jede Abordnung ihren Standpunkt in allgemeiner Form zum Ausdruck bringen werde, ohne irgendwelche Zahlen zu nennen oder genauere Vorschläge zu machen.

Französische Forderungen

London. Die in den englisch-französischen Verhandlungen beteiligten französischen Quotenwünsche spielen bei den Flottenverhandlungen eine erhebliche Rolle. Die französischen Forderungen bewegen sich in zweifacher Richtung: 1. Frankreich wünscht Anerkennung des status quo der Flottenmärkte, d. h. formelle Zustimmung einer Quote von etwa 2,4, die den tatsächlichen gegenwärtigen Verhältnissen entspricht, an Stelle der Washingtoner Quote von 1,75. Bei Anerkennung dieser Forderung ist Frankreich bereit, die Unterseeboote bis zu 600 Tonnen in die Quote von 2,4 einzubeziehen; 2. für den Fall der Ablehnung der ersten Forderung wird Frankreich verlangen, daß Unterseeboote bis zu 600 Tonnen nicht in die Quote einbezogen werden, sondern jedes Land das Recht behält, beliebig viele Unterseeboote dieser Größe zu bauen.

Für Donnerstag ist eine gemeinsame Zusammenkunft der Abordnungen Italiens, Frankreichs und Großbritanniens vorgesehen.

Arbeitslosendemonstrationen in Polen

Blutige Zusammenstöße mit der Polizei

Warschau. Am Dienstag ist es in Galizien sowie in anderen Gegenden Polens zu kommunistischen Arbeitslosen-Rundzügen und teilweise blutigen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen.

In zwei Ortschaften des Kreises Kawa Kuska kam es zu einer Schießerei, als die Beamten die demonstrierende Menge auseinanderreiben wollten, wobei ein Rundzieher getötet und 6 Personen verletzt wurden. Unter den Verwundeten befanden sich der Polizeikommissar und zwei Beamte. Fünf kommunistische Anhänger wurden verhaftet. Als drei Polizisten sich an einem anderen Ort einem Umzuge entgegenstellten, wurden sie mit einem Steinhaapel überschüttet. In die Enge getrieben und verletzt, gaben die Beamten mehrere Schüsse ab, durch die einer der Angreifer getötet und ein zweiter tödlich verletzt wurde. Die Polizei mußte sich in ein Gebäude zurückziehen, wo sie die Angriffe abwehrte, bis Verstärkung eintraf. Zwei Verwundete und 12 Verhaftete wurden nach Kawa Kuska überführt.

In Sosnowice veranfaßten die Arbeitslosen ebenfalls Umzüge, die jedoch von der Polizei zerstreut werden konnten. Sieben Personen wurden verhaftet. Ähnliche Vorgänge werden auch aus Jansa Wola bei Lodz gemeldet.

In Graudenz griffen 600—700 Arbeitslose das Magistratsgebäude und die Staroste mit Steinwürfen an. Um Zerstörungen zu verhindern, wurde die Polizei aufgeboten, die die Massen mit kalter Waffe zurücktrieb. Ein Arbeitsloser wurde dabei verwundet, während mehrere Polizeibeamte Verletzungen erlitten.

Beschärfte Lage in Australien

London. Im australischen Kohlenstreikgebiet hat sich die Lage in gefährlicher Weise zugespitzt. Die Bildung der Verteidigungsarmee der streikenden Arbeiter macht weitere Fortschritte. Die Polizei entdeckte versteckte Waffenlager und Munitionsvorräte. Im Weston-Ubermain-Berzirk haben sich mysteriöse Explosionen ereignet, deren Ursache von der Polizei nicht festgestellt werden konnte. Man vermutet, daß Munitionslager zerstört wurden, um ihre Auffindung durch die Polizei zu verhindern. Alle Hotels und Geschäfte, die an Polizisten Nahrungsmittel oder Getränke abgeben, werden von den Streikenden boykottiert.

Die „Humanité“ vor dem Ende?

Paris. Das Pariser Handelsgericht hat Anfang der Woche die kommunistische Arbeiter- und Bauernbank in Liquidation erklärt. Das Urteil wird damit begründet, daß bei der Gründung der Bank schwere Unregelmäßigkeiten insofern vorgekommen seien, als die Mehrheit der Aktien überhaupt nicht eingezahlt wurde. Die kommunistische Partei hat gegen dieses Urteil sofort Berufung eingelegt. Eine gerichtliche Liquidation müßte das sofortige Eingehen der kommunistischen „Humanité“ zur Folge haben. Die Bank hat der „Humanité“ über eine Million kurzfristige Kredite gegeben, die im Falle einer Liquidation sofort zurückzahlen wären.



Die Unterzeichnung des Friedensschlusses zwischen Rußland und China in Chabarowsk durch den russischen Bevollmächtigten Saimanowski, der gerade das Siegel unter das Dokument drückt, und die chinesischen Delegierten Tsai-jun-shen (links) und Tschao-shen (rechts).

Polnisch-Schlesien

Bei den Federalisten ist alles in „Ordnung“?

Am vergangenen Sonnabend hat die „Polska Zachodnia“ der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß der Leiter der „Generalna Federacja Pracy“ Straszewski, von seinem Amt „zurückgetreten“ und der Verbandssekretär Mizielski, von seinem Amt suspendiert wurde, weil er täglich im besessenen Zustande im Büro erschienen ist und dadurch Vergernis erregte.

Wir wissen auch, daß in dem Aufständischenverbande viel schmutzige Wäsche zu waschen war und man ist doch nicht an die Öffentlichkeit damit getreten, sondern machte alles im Stillen ab. Unser Freund Kula war bereits seines Amtes als Kreisobmann enthoben, der frühere Präses Kornke wurde abgesetzt und ist ganz in die Vergessenheit gesunken.

Die gestrige Ausgabe der „Polska Zachodnia“ veröffentlicht zwei sonderbare Kommunikate der Federacja, die ganz einfach alles ableugnen. In dem ersten wird gesagt, daß nichts vorgefallen ist, und daß die „Einheit“ der Federacja unangetastet dasteht.

Kattowitz und Umgebung

Betr. Verkehrsregelung in Groß-Kattowitz.

Die Kattowitzer Polizeidirektion hat, im Einverständnis mit dem Magistrat Kattowitz, den Wortlaut des Paragraphen 3 der Polizeiverordnung vom 20. Januar 1929, betreffend Regelung des Räder- und Fußgängerverkehrs, innerhalb von Groß-Kattowitz in nachstehender Weise geändert:

Vorübergehende Verordnung hat mit dem Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt, d. i. am 19. Januar d. Js., Rechtskraft erlangt.

Die nächste Magistratsitzung. Am morgigen Freitag wird in Kattowitz die fällige Magistratsitzung abgehalten.

Der Magistrat sucht Pflegekinder! Nach einer Mitteilung des Magistrats Kattowitz können sich solche Personen, welche bereit sind, gegen eine monatliche Entschädigung Kinder in Pflege zu nehmen, beim städtischen Wohlfahrtsamt in Kattowitz melden.

Seit Monaten vermisst. Der Chemann August Dgorek von der ul. Slowackiego 12 in Kattowitz entfernte sich im Monat Oktober v. Js. aus seiner Wohnung und kehrt seit dieser Zeit nicht mehr zurück.

3 Säcke Bohnen aufgefunden. Ein wachhabender Polizeibeamter fand in einem Hauseingang auf der ul. Opolska in Kattowitz 3 Säcke zu je 100 Kilogramm Bohnen vor.

Nach der Vertrauensmännertkonferenz der D. G. A. P.

Ueber unsere Sonntagskonferenz haben wir aus zweierlei Gründen einen langen und ausführlichen Bericht gebracht. Es schwebte uns nicht nur vor, alle Parteigenossen und Sympathisier über den Verlauf der Konferenz zu informieren, sondern auch den Geist, der die Parteiorganisation beherrscht, zu veranschaulichen.

Drei große Gedanken haben die Konferenz beherrscht, die den Gegenstand der Beratungen der Sonntagskonferenz bildeten. Es waren das die Stellungnahme der Partei zu den deutschen bürgerlichen Parteien, die Stellungnahme der Partei zu der polnischen sozialistischen Bruderpartei, der P. P. S. und das Verhältnis zwischen Partei und den Freien Arbeitergewerkschaften.

zwischen unserer Partei und dem deutschen Bürgertum nicht. Die Sonntagskonferenz hat hier ein entscheidendes Wort gesprochen und die Genossen verlangten noch eine schärfere Grenzziehung zwischen Sozialismus und Bürgertum.

Als Sozialisten müssen wir selbstverständlich Anschluß an die polnische Bruderpartei suchen. Dem gegenseitigen Annäheren legen sich Widerstände in den Weg, die im Zusammenhang mit der nationalstaatlichen Hege stehen.

Vom Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften ist nicht viel zu sagen und die Vertrauensmännertkonferenz hat mit Recht die Tatsache konstatiert, daß die Partei und die Freien Gewerkschaften ein und daselbe sind.

Die Sonntagskonferenz hat einen festen Willen zur politischen Selbstständigkeit der Partei bekundet, und diese Richtlinien sind, für den Bezirksvorstand maßgebend.

Großkampftag der Presse

23 Prozesse angezettelt — Der größte Teil verurteilt — 2 Urteile gegen die „Polska Zachodnia“

Vor der Presseabteilung des Landgerichts Kattowitz waren am gestrigen Mittwoch wieder eine Reihe und zwar insgesamt 23 Presseprozesse angezettelt, von denen der größte Teil verurteilt werden mußte.

U. a. gelangten auch zwei Pressestraffachen gegen die „Polska Zachodnia“ zum Austrag. In beiden Fällen wurde der verantwortliche Redakteur dieses Blattes verurteilt. In dem ersten Falle handelte es sich um eine Notiz, welche in dem Beiblatt „Gustik“ erschien, und in welcher verschiedene Behauptungen gegen den Geistlichen Matulla aus der Ortschaft Mokrau erhoben wurden.

In einem anderen Artikel der „Polska Zachodnia“ ließ sich diese in einer sehr unfeinen Weise über den früheren Stadtverordnetenvorsitzer Piechulsek aus, von welchem gesagt wurde, daß dessen Arbeit in der kommissarischen Stadtvertretung sich für die polnischen Interessen schädlich ausgewirkt habe.

Freiwillig in den Tod. Selbstmord verübte die 56 jährige Marie Palk aus Kattowitz in einem Verzweiflungsanfall, indem sie in ihrer Wohnung die Gasöhne öffnete und sich dann niederlegte, so daß sie an Gasvergiftung verstarb.

„Weltfahrt mit dem Zeppelin“. Der Vortrag Geisenheymers „Weltfahrt mit dem Zeppelin“ findet heute, 23. 1. 1930, um 8 Uhr abends, in der „Reichshalle“ statt.

Zalenze. (Am „Schlafittchen“ gefaßt.) Auf früherer Tat erlappt wurde ein gewisser Michael Poberich ohne ständigen Wohnsitz, welcher zum Schaden mehrerer Gehehlen, die bei Albert Dippa in Zalenze tätig sind, einen Diebstahl verüben wollte.

Hohenlohehütte. (Zimmer wieder das Auto.) Auf der ul. Kosciuszki in Hohenlohehütte wurde die Marie Gaidzik von einem Personenauto, welches von dem Chauffeur Alois Dj. aus Kattowitz gesteuert worden ist, angefahren und verletzt.

Hohenlohehütte. (Ermitteltes Diebes- u. Hehler-Konfession.) Vor einigen Tagen berichteten wir über einen schweren Einbruchdiebstahl, welcher zum Schaden der Firma „Dakes“ in Hohenlohehütte verübt wurde.

dann weiter darauf hin, daß die betreffenden Banken nicht benotroktierten, sondern sich gegenwärtig vor der Liquidation befinden. Geschädigt worden ist niemand um irgendwelche Gelder.

Verhandelt werden sollte ferner gegen den Sekretär und Vorsitzenden des Ausführungsausschusses der Korfantpartei, welches anlässlich der 10. Jahrfestfeier des ersten schlesischen Aufstandes einen besonderen Aufruf erließ.

Königshütte und Umgebung

Ein neuer Kohlensticht.

Infolge der vielen, jahrzehntelangen Ausbeutung der Kohlenortkommnisse bei der früheren Königshütte, jetzt Starboferne, gehen die Kohlenvorräte auf den bisherigen Schichten zu Ende und die gegenwärtigen Förderungen haben sich durch die großen Entformungen als zu teuer erwiesen.

Der neue Sticht soll eine Tiefe von 22 Metern haben und wird seinen Standplatz etwa 100 Meter südlich von der Stichtanlage 2 erhalten.

Wie wir erfahren, soll auch die Förderung aus dieser neuen Grubenanlage nach amerikanischem System vor sich gehen.

